

# KIEL POLICY BRIEF

Gabriel Felbermayr

## Die neuen Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament und ihre Implikationen für die Wirtschaftspolitik



Nr. 126 Juli 2019

- Die bisherige „große Koalition“ zwischen Konservativen und Sozialdemokraten im EU-Parlament hat keine Mehrheit mehr. Zusammen mit den gestärkten Grünen und den Liberalen haben europafreundliche Kräfte immer noch eine starke Zweidrittelmehrheit, und die europakritischen Parteien am rechten und linken Rand sind häufig untereinander zerstritten.
- Im neuen Parlament werden Mehrheiten schwieriger zu beschaffen sein. Es drohen Hängepartien. Das EU-Parlament ist leicht freihandels skeptischer geworden, vertritt härtere Positionen gegenüber den USA und China und tritt ökologischer auf. Gerade bei „grünen“ Themen gibt es aber ausgeprägte Unterschiede über die Grenzen der Mitgliedsstaaten hinweg.
- Durch den Austritt des Vereinigten Königreichs steigt die relative Macht der Konservativen und der Sozialdemokraten auf Kosten der Grünen und Liberalen wieder, ohne eine absolute Mehrheit zu erreichen. Der Brexit verändert aber die Positionierung des Parlaments zu Themen des Freihandels oder der Ökologie nur sehr geringfügig.

# ÜBERBLICK/OVERVIEW

- Die bisherige „große Koalition“ zwischen Konservativen und Sozialdemokraten im EU-Parlament hat keine Mehrheit mehr. Zusammen mit den gestärkten Grünen und den Liberalen haben europafreundliche Kräfte immer noch eine starke Zweidrittelmehrheit, und die europakritischen Parteien am rechten und linken Rand sind häufig untereinander zerstritten.
- Im neuen Parlament werden Mehrheiten schwieriger zu beschaffen sein. Es drohen Hängepartien. Das EU-Parlament ist leicht freihandels-skeptischer geworden, vertritt härtere Positionen gegenüber den USA und China und tritt ökologischer auf. Gerade bei „grünen“ Themen gibt es aber ausgeprägte Unterschiede über die Grenzen der Mitgliedsstaaten hinweg.
- Durch den Austritt des Vereinigten Königreichs steigt die relative Macht der Konservativen und der Sozialdemokraten auf Kosten der Grünen und Liberalen wieder, ohne eine absolute Mehrheit zu erreichen. Der Brexit verändert aber die Positionierung des Parlaments zu Themen des Freihandels oder der Ökologie nur sehr geringfügig.

**Schlüsselwörter:** Europäisches Parlament, Wahlen, politische Mehrheiten, Europäische Wirtschaftspolitik

- The “Grand Coalition” between Conservatives and Social Democrats, which until recently dominated the EU Parliament, has no majority anymore. However, together with the strengthened Greens and Liberals, constructive pro-European parties still enjoy a strong two-thirds majority, and the EU-critical forces at the right and left margins are frequently at odds with each other.
- In the new legislative body, majorities will be harder to organize. There is the possibility of a hung parliament. The EU Parliament has become slightly more skeptical regarding free trade agreements, it stands for a tougher position towards the US and China and it has a stronger ecological stance. However, there are strong differences across member states concerning “green” topics.
- The exit of the United Kingdom enhances the relative clout of the Conservatives and Social Democrats at the expense of the Greens and Liberals, but it does not hand them back their former absolute majority. The Brexit would only slightly change the positioning of the Parliament in the fields of international trade or environmental policy.

**Keywords:** European Parliament, elections, political majorities, European economic policy

**Gabriel Felbermayr**

Institut für Weltwirtschaft  
Kiellinie 66  
24105 Kiel  
Tel.: +49 431 8814 236  
E-Mail: [gabriel.felbermayr@ifw-kiel.de](mailto:gabriel.felbermayr@ifw-kiel.de)



# **DIE NEUEN KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM EURO- PÄISCHEN PARLAMENT UND IHRE IMPLIKATIONEN FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK\***

Gabriel Felbermayr

## **1 WIE HABEN SICH DIE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VERÄNDERT?**

Am 26. Mai 2019 endete die langjährige faktische große Koalition zwischen der Europäischen Volkspartei und den Sozialdemokraten im EU-Parlament. Die beiden bisher mächtigsten Gruppen haben zusammen mehr als neun Prozentpunkte verloren und kommen nur mehr auf 44 Prozent der Sitze in Straßburg und Brüssel (Abbildung 1).

Wer hat die 68 Sitze gewonnen, die die beiden immer noch bei weitem größten Blöcke im 751 Sitze umfassenden EU-Parlament gemeinsam verloren haben? Auf den ersten Blick sind das drei Gruppen: einerseits ALDE, die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, die um 37 Sitze zugelegt hat, andererseits die Grünen, die im neuen Parlament 21 Sitze gewonnen haben, und dann verschiedene Parteien an den Rändern des Parteienspektrums, wobei vor allem rechtspopulistische Kräfte stärker geworden sind.

Ein genauerer Blick enthüllt aber, dass mehr als die Hälfte, nämlich 21, der von ALDE gewonnenen Sitze auf die französische Koalition Renaissance unter Führung der Bewegung von Präsident Macron zurückzuführen ist. Ob die Positionen von „La République En Marche“ ohne weiteres mit jenen der FDP in Deutschland oder der skandinavischen und holländischen Liberalen vereinbar sind, lässt sich bezweifeln. Vor diesem Hintergrund ist der Machtgewinn der Liberalen weniger eindrucksvoll. Außerdem würden weitere 16 Sitze von ALDE durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU verloren gehen. Gleichwohl bleibt auch ohne Berücksichtigung Frankreichs und im Falle eines Brexit der Befund richtig, dass ALDE im neuen Parlament eine bedeutendere Rolle als im alten spielen wird.

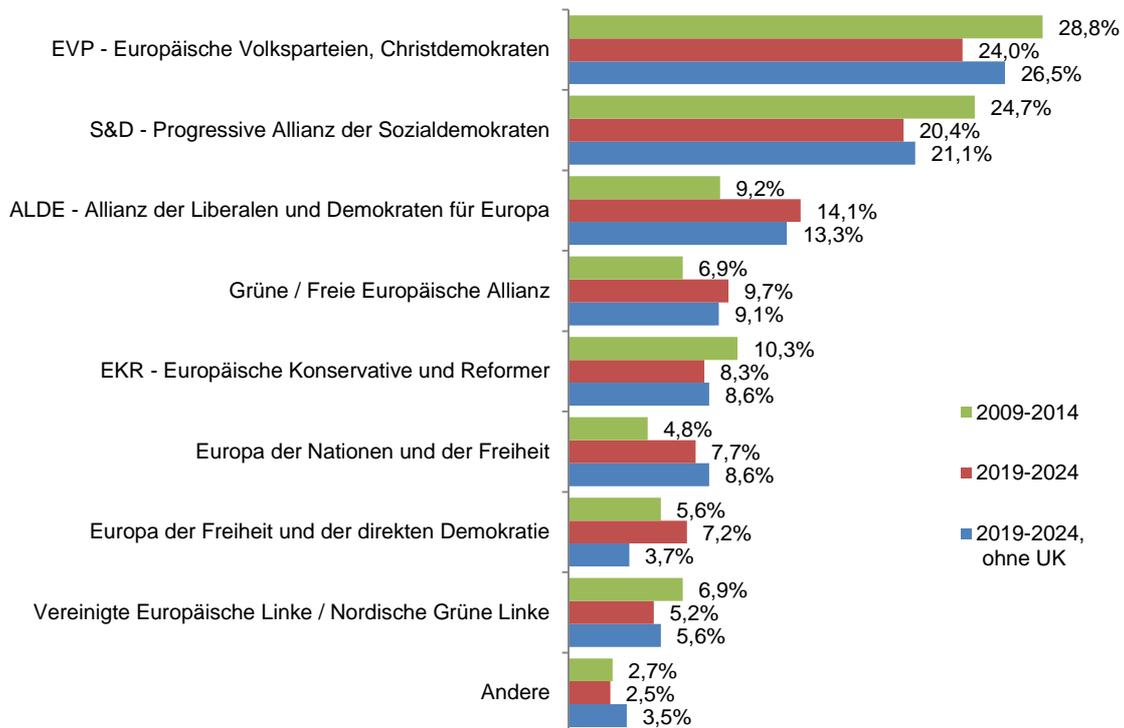
Besondere mediale Aufmerksamkeit hat in Deutschland der Stimmenzuwachs der Grünen im Europäischen Parlament erhalten. Ganz zu Recht, denn die Grünen konnten ihren Stimmenanteil fast verdoppeln. Nur in Irland hat die Partei mehr zugelegt. Auch in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und vor allem in Großbritannien kam es zu starken Gewinnen. In anderen Ländern hingegen mussten die Grünen Verluste hinnehmen, teilweise deutliche; so zum Beispiel in Schweden. Und immer noch entsenden 13 der 28 EU-Staaten überhaupt keine

---

\* Der vorliegende Beitrag von G. Felbermayr ist unter dem Titel „Wie haben sich die Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament verändert?“ zuerst im „Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“ erschienen. (Wirtschaftsdienst, 99. Jg. (2019), H. 6, S. 379-283, DOI: 10.1007/s10273-019-2463-3, © ZBW und Springer-Verlag Berlin Heidelberg.)

grünen Abgeordneten in das europäische Parlament. Italien und die neuen Mitgliedsstaaten der Union entsenden gemeinsam gerade einmal 3 grüne Abgeordnete. In Summe sind die Grünen also nur wenig stärker geworden: Ihr Anteil an Sitzen im Parlament hat sich von circa 7 auf 10 Prozent erhöht. Käme der Brexit, dann würde der Anteil wieder auf 9 Prozent sinken. Aber mehr als bei jeder anderen Gruppe mit Stimmengewinnen scheint es, dass die Grünen ihr Potential noch nicht voll ausschöpfen und das Momentum auf ihrer Seite haben.

**Abbildung 1:**  
Machtverhältnisse im „alten“ und „neuen“ EU Parlament: Anteile der Fraktionen in Prozent der Sitze<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Legislaturperiode 2009–2014 in der Zusammensetzung des EU-Parlaments im April 2019. Geschätzte Anteile der Fraktionen ohne das Vereinigte Königreich (UK) (nach vollzogenem Brexit) berücksichtigen nicht die geplante (geringfügige) Neuverteilung der Sitze unter den EU-Mitgliedsstaaten.

**Quelle:** Europäisches Parlament (2019); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Wenn man die europakritischen Parteien betrachtet, so zeigt sich ebenfalls, dass diese sehr heterogen aufgestellt sind. Es ist nicht immer leicht, ihr wirtschaftspolitisches Profil klar festzulegen, gerade in Bezug auf europapolitische Agenden. Sie eint meist nur eine hohe Skepsis gegenüber der Verlagerung von Kompetenzen nach Europa, nicht aber ein konkreter Plan, wie Politik auszugestalten ist. Addiert man die Sitzanteile von EKR (Europäische Konservative und Reformier), ENF (Europa der Nationen und der Freiheit) und EFDD (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie), so entfallen auf diese im neuen Parlament circa 23,2 Prozent der Sitze nach bisher 20,7 Prozent. Treten die Briten aus der EU aus, so sinkt der Anteil der drei Fraktionen auf 20,8 Prozent. ENF und EFDD haben sich mehrmals im alten Parlament dadurch ausgezeichnet, dass sie als einzige Fraktionen gegen an sich sehr

konsensuale Vorhaben gestimmt haben, wie zum Beispiel beim EU–US-Abkommen zur prudentiellen Überwachung von Versicherungen und Rückversicherungen (März 2018).<sup>1</sup>

Ein Brexit würde übrigens den schwarz-roten Block im EU-Parlament wieder deutlich stärken; er käme dann ungefähr auf 48 Prozent der Sitze, also fast auf eine Mehrheit, denn die Briten entsenden in das neue Parlament nur zehn Sozialdemokraten und keine Mitglieder der EVP, aber 63 Mitglieder anderer Blöcke.

Der Herfindahl-Index,<sup>2</sup> ein Maß für die Konzentration politischer Macht, liegt im neuen Parlament bei 15,0 Prozent (mit Brexit: 16,1 Prozent) nach vormals 17,9 Prozent. Die Macht im neuen EU-Parlament ist also weniger stark konzentriert, was eine größere Vielfalt potentieller Koalitionen ermöglicht, deren Bildung aber erschwert. Die Veränderung des Index, der zwischen 1/751 und 1 variieren kann, ist aber relativ klein.

Was bedeuten diese neuen Machtverhältnisse für wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen im EU-Parlament? In der Folge wird ein kurzer Blick auf die Handelspolitik, die Umweltpolitik und die Finanzpolitik geworfen. Die Analyse bleibt notwendigerweise kurz und unvollständig. Sie bestätigt aber eine Hypothese: Das neue Parlament ist politisch dem alten sehr ähnlich.

## **2 IMPLIKATIONEN FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK**

### **2.1 HANDELSABKOMMEN**

Das EU-Parlament spielt beim Abschluss von Handelsabkommen der EU eine wichtige Rolle, weil es diese ratifizieren muss, damit sie in Kraft treten können. Bei Abkommen, die ausschließliche Kompetenzen der EU betreffen, ist das Europäische Parlament das einzige Parlament in der EU, dessen Zustimmung erforderlich ist. Bei sogenannten gemischten Abkommen ist für die endgültige Inkraftsetzung der Abkommen auch eine Ratifizierung durch die Parlamente der Mitgliedsstaaten erforderlich.

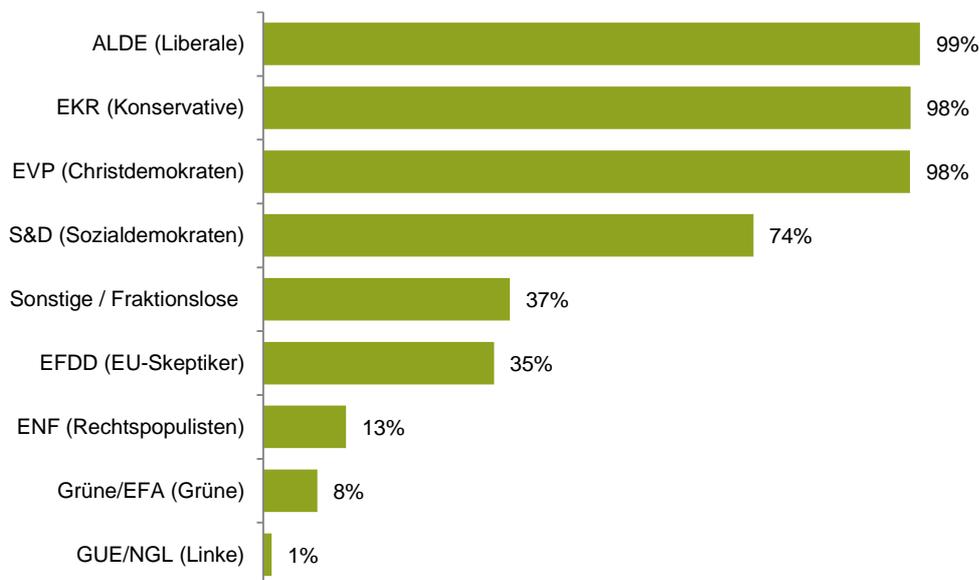
Das Europäische Parlament kann die Erteilung von Verhandlungsmandaten durch den Rat an die Kommission und auch den Prozess der Verhandlungen selbst beeinflussen, indem es Resolutionen verabschiedet, die zwar rechtlich nicht bindend sind, aber die zu erwartende Position des Parlaments bei der Ratifikation erkennbar machen. Abbildung 2 zeigt, wie die Fraktionen im EU-Parlament in der letzten Legislaturperiode für die von der Kommission ausverhandelten Vertragstexte gestimmt haben.

---

<sup>1</sup> Die Resolution wurde mit 90 Prozent der Stimmen angenommen.

<sup>2</sup> Der Herfindahl-Index ist die Summe der quadrierten Stimmenanteile.

**Abbildung 2:**  
Zustimmung zu Freihandelsabkommen nach Fraktionen<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Durchschnitte über Abstimmungen zum CETA-Abkommen mit Kanada und den Freihandelsabkommen mit Japan und Singapur.

**Quelle:** *Votewatch Europe (2019); eigene Zusammenstellung.*

Im Durchschnitt ergab sich damit im alten EU-Parlament eine Zustimmung zu wichtigen Freihandelsverträgen (CETA, EU–Japan EU–Singapur) von 70 Prozent. Unterstellt man, dass die Fraktionen im neuen Parlament das gleiche Abstimmungsverhalten aufweisen wie im alten, dann ergibt das neue Kräfteverhältnis eine erwartete Zustimmungsrate von 66 Prozent. Nimmt man an, dass die Bewegung des französischen Präsidenten, die der ALDE-Gruppe beigetreten ist, ein Wahlverhalten aufweist wie die Sozialdemokraten – was auf der Basis des Wahlkampfes der Bewegung zu erwarten ist – dann sinkt die Zustimmungsrate im neuen Parlament auf 65 Prozent. Der Brexit hingegen würde das Parlament wieder geringfügig freihandelsfreundlicher machen, weil die traditionell liberale konservative Partei nur mehr sehr wenige Abgeordnete nach Brüssel bzw. Strasbourg sendet.

Es wird also in der kommenden Legislaturperiode etwas schwieriger werden, Mehrheiten für eine Handelspolitik, wie sie in den letzten Jahren betrieben wurde, zu finden. Gleichwohl würden CETA, EU–Japan oder EU–Singapur wohl aber auch im neuen Parlament ratifiziert worden sein. Vor dem Hintergrund des Erfolges vor allem der grünen Parteien aber ist zu erwarten, dass sich das EU-Parlament stärker als bisher noch auf Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, zum Tierwohl, zum Schutz von Konsumenten und Arbeitnehmern in Freihandelsverträgen einsetzen wird.

## **2.2 BREXIT**

Was den möglichen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU betrifft, so hat sich das alte Europäische Parlament in einer Entschließung vom März 2018 für die Zeit nach dem Vollzug des Austrittsabkommens für ein Assoziierungsabkommen der EU mit dem Inselreich ausgesprochen. Eine solche Vereinbarung bedeutet, dass das Vereinigte Königreich weiterhin die EU-Normen in den Bereichen Umwelt, Klimawandel, Bekämpfung der Steuerhinterziehung und -vermeidung, fairer Wettbewerb, Handel und Sozialpolitik berücksichtigen würde, die „vier Freiheiten“ der EU aber untrennbar miteinander verbunden bleiben. Zu dieser Entschließung gab es eine große, fraktionsübergreifende Übereinstimmung, nur die Abgeordneten von EFDD und ENF stimmten dagegen. Sie vertreten eine insgesamt losere EU und eine Aufweichung der Verbindung der „vier Freiheiten“. Diese Ansicht wird im neuen Parlament deutlicher zu hören sein, aber die Abstimmung vom März 2018 würde wohl, wenn sie heute wiederholt würde, mit einem ähnlichen Ergebnis enden, vor allem, wenn die Briten im Europäischen Parlament mit abstimmen.

## **2.3 DIE HALTUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS GEGENÜBER WICHTIGEN PARTNERLÄNDERN**

Hinsichtlich der Positionierung des Parlaments gegenüber wichtigen Handelspartnern dürfte sich insgesamt wenig verändert haben. Aber ein genauer Blick auf das Abstimmungsverhalten des alten Parlamentes vor dem Hintergrund der neuen Kräfteverhältnisse ist auch in diesem Kontext von Interesse.

### **USA**

Im März 2019 stimmte das Parlament über eine Resolution zur Aufnahme von Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit den USA ab. Das Hauptargument war, dass man nicht verhandeln könne, solange die ungerechtfertigten Zölle (gegen Stahl- und Aluminiumprodukte aus der EU) in Kraft sind und der US-Präsident Autozölle nicht ausschließt. Allerdings ist der derzeit geltende „Waffenstillstand“ im transatlantischen Handelskonflikt, den EU-Kommissionspräsident Juncker und US-Präsident Trump im Juli 2018 vereinbart hatten, an die Aufnahme von Verhandlungen über einem Abbau von Industriezöllen geknüpft. Die Abstimmung war knapp: 193 Abgeordnete stimmten für, 223 gegen die Annahme der Resolution. Somit verweigerte das Parlament dem Rat und der Kommission die Gefolgschaft.

Mit den neuen Kräfteverhältnissen wäre es zu einer etwas weniger starken Ablehnung, in einem Parlament ohne Großbritannien zu einer deutlicher ausgeprägten Ablehnung gekommen. Die Verschiebungen wären aber in beiden Fällen wenig ausgeprägt, denn die Koalition aus Sozialdemokraten, Grünen und Linken, die die Resolution eingebracht hatten, ist zwar insgesamt schwächer geworden, die in sich sehr einigen Grünen aber stärker. Das Abstimmungsverhalten bei der Resolution zeigt ebenfalls sehr deutlich, dass die rechtspopulistischen Parteien entweder keine Meinung zu haben scheinen – ein hoher Anteil der Abgeordneten enthielt sich oder nahm gar nicht an der Abstimmung teil – oder gespalten sind. Das neue Parlament ist nicht amerikanophiler als das alte, und man muss davon ausgehen, dass jeder

von EU-Kommission und US-Regierung ausgehandelte Vertrag bei seiner Ratifikation im EU-Parlament mit offenem Ausgang geprüft werden würde.

### ***Russland***

Die Russlandpolitik der EU ist umstritten. Sollen die nunmehr seit circa fünf Jahre geltenden Sanktionen weitergeführt oder gar im Fall mangelhafter Fortschritte in der Ostukraine weiter verschärft werden? Die meisten rechtspopulistischen Parteien haben eine wenig russland-skeptische Sicht, was auch für die Linken gilt, während die Sozialdemokratie relativ gespalten ist. Das zeigte auch das Abstimmungsverhalten im März 2019, als eine relativ scharfe Resolution verabschiedet wurde, die Russland den Status eines strategischen Partners ab-erkennt und die EU auffordert, sich gegebenenfalls für neue Sanktionen bereit zu machen. Die Resolution wurde mit 402 gegen 132 Stimmen angenommen, das heißt circa 25 Prozent der Abgeordneten sprachen sich gegen den relativ harten Ansatz gegenüber Russland aus. Im neuen Parlament wäre dieser Anteil mit 27 Prozent etwas höher; ohne die Stimmen des Vereinigten Königreichs würde er 26 Prozent betragen.

### ***China***

Das alte EU-Parlament hat sich wiederholt chinakritisch geäußert. Das betraf sowohl die Menschenrechtssituation im Reich der Mitte als auch die chinesische Wirtschaftspolitik. In der letzten Legislaturperiode stand die Frage im Raum, ob man China handelspolitisch als Marktwirtschaft behandeln sollte – dies hätte wichtige Folgen für die Berechnung von Anti-Dumping-Zöllen. Im Mai 2016 sprach sich eine große Mehrheit von insgesamt 546 Abgeordneten gegen den Marktwirtschaftsstatus aus, das ist ein Anteil von 84 Prozent der anwesenden Volksvertreter. Es gab einen breiten Konsens über ein relativ hartes Vorgehen gegenüber China; die einzige Fraktion, die nicht für den Antrag gestimmt hatte, war ENF; dies hatte aber wohl andere als inhaltliche Gründe. Bei den Linken gab es einen sehr hohen Anteil an Enthaltungen. Auch in neueren Abstimmungen, zum Beispiel im April 2019 über die Situation religiöser und ethnischer Minderheiten in China, zeigte sich ein ähnliches Abstimmungsverhalten. In beiden Fällen wird deutlich, dass die Differenzen nicht entlang von Parteigrenzen, sondern zwischen den Mitgliedsstaaten liegen. Dabei fällt auf, dass ein relativ hoher Anteil von Abgeordneten zu China-Abstimmungen gar nicht im Parlament erscheint, und dass diese Abgeordneten aus bestimmten Ländern stammen. Es sind dies nur zum Teil EU-Mitglieder, die der so genannten 16+1-Gruppe, wie z.B. Griechenland, angehören, sondern auch Zypern und Italien, die keine Mitglieder der Gruppe sind. Interessanterweise haben auch 38 Prozent der britischen Abgeordneten gar nicht an der Abstimmung teilgenommen oder sich enthalten. Der Brexit wird wohl an der Position des Parlaments in China-Fragen wenig ändern. Es bleibt bei einem parteiübergreifenden China-kritischen Konsens.

## **2.4 DAS NEUE EUROPÄISCHE PARLAMENT UND GRÜNE THEMEN**

Die im neuen Europäischen Parlament gestärkten europaskeptischen Parteien stimmen eher nicht für grüne Initiativen. Am Beispiel der Glyphosat-Abstimmung vom Oktober 2017 sieht man, dass – unter der Annahme konstanten Abstimmungsverhaltens der Fraktionen – im

neuen Parlament 31,5 Prozent der Abgeordneten gegen die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat gestimmt hätten, während es im alten Parlament 30,5 Prozent waren. Und die neuen, strengeren Abgasnormen für Autos, die im Oktober 2018 zur Abstimmung standen und mit circa 62 Prozent der Stimmen verabschiedet wurden, würden im neuen Parlament eine ganz ähnliche Zustimmungsrate erhalten. Zwar sind die Grünen gestärkt, die dem Vorschlag enthusiastisch zugestimmt hatten, aber die Sozialdemokraten, ebenfalls starke Befürworter, sind geschwächt, und die rechtspopulistischen Parteien, geeint in ihrer Ablehnung strengerer Abgasnormen, haben im neuen Parlament ein höheres Gewicht.

## **2.5 REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZORDNUNG**

Schließlich sei ein Blick auf die laufenden Bemühungen zur Neuordnung der europäischen Staatsfinanzen gerichtet. Hierzu hat das alte EU-Parlament immer wieder Stellung bezogen. Die Abstimmung im März 2019 zur Errichtung eines European Monetary Fund (EMF) ist exemplarisch, weil sie die Bruchlinien im Parlament aufzeigt. Die Kernfrage ist, ob der Mechanismus, der mit Staatsschuldenkrisen in der Eurozone umgehen soll, zentralistisch – als Einrichtung der EU selbst – oder intergouvernemental (wie bisher) aufgestellt sein soll. Das EU-Parlament hat sich mit 237 gegen 152 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) für eine zentrale Lösung – den EMF – und gegen die mehrheitlich skeptische Position des Rates ausgesprochen. Dabei zeigte sich, dass die EVP-, S&D- und ALDE-Fraktionen ziemlich geschlossen für den EMF, alle anderen Fraktionen ebenso geschlossen dagegen votierten. Die Beweggründe mögen sich in der Gruppe der Gegner zwischen Rechtspopulisten und Linken unterscheiden; die Trennlinien verlaufen gleichwohl sehr scharf. Im neuen Parlament würde auch diese Abstimmung wohl nicht anders ausgehen: Lag noch im März 2019 die Mehrheit von EVP, S&D und ALDE bei circa 58 Prozent, würde sie jetzt bei 56 Prozent und nach einem Ausstieg der Briten wieder bei 58 Prozent liegen. Auch hier zeigt sich: „Plus ça change, plus c’est la même chose“.

## **3 FAZIT**

Im neuen Parlament mögen die EVP und die S&D ihre gemeinsame Mehrheit verloren haben. Die Machtverhältnisse im Europäischen Parlament haben sich aber trotzdem nicht maßgeblich verschoben. Zu vielen wichtigen Themen würde sich das Abgeordnetenhaus heute ganz ähnlich verhalten, wie in der vergangenen Legislaturperiode. Klar ist aber auch: Vor allem die Grünen, aber auch die Liberalen haben mehr Gewicht und werden dieses auch einsetzen. Weil sie aber oft genug entgegengesetzte Positionen vertreten, können sie das Parlament nicht substantiell in neue Richtungen schieben.

# LITERATUR

Europäisches Parlament (2019). Ergebnisse der Europawahl 2019. Via Internet am 16.06.2019 <<https://europawahlergebnis.eu/>>.

Votewatch Europe (2019). Parliament Votes: International trade. Via Internet am 16.06.2019 <<https://term8.votewatch.eu/en/term8-parliament-votes-term8-international-trade.html>>.

# IMPRESSUM

**DR. KLAUS SCHRADER**  
Leiter Bereich Schwerpunktanalysen  
Head of Area Special Topics

> [klaus.schrader@ifw-kiel.de](mailto:klaus.schrader@ifw-kiel.de)

**Herausgeber:**

Institut für Weltwirtschaft (IfW)  
Kiellinie 66, D-24105 Kiel  
Tel.: +49-431-8814-1  
Fax: +49-431-8814-500

**Redaktionsteam:**

Dr. Klaus Schrader (Schriftleitung, v.i.S.d.  
§ 6 MDStV), Ilse Büxenstein-Gaspar, M.A.,  
Margitta Führmann.  
Das Institut für Weltwirtschaft ist eine rechtlich  
selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des  
Landes Schleswig-Holstein.

**Umsatzsteuer ID:**

DE 251899169

**Das Institut wird vertreten durch:**

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. (Präsident)

**Cover Foto:**

© European Union 2016 - Source : EP

**Zuständige Aufsichtsbehörde:**

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und  
Kultur des Landes Schleswig-Holstein



© 2019 Institut für Weltwirtschaft.  
Alle Rechte vorbehalten.

<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-policy-briefs/>